Seite 6.qxp_Layout 1 14.10.21 11:30 Seite 1

Über die Provinz in den Bundestag

Ein Kommentar zum Wahlsieg der AfD in Thüringen aus kommunalpolitischer Perspektive von ????

Für Thüringer Demokraten ergab sich vor etwa zwei Wochen ein erschreckendes Bild, denn die Wahlsiegerin im Freistaat hieß AfD.
Von allen Parteien konnten die Rechtspopulisten mit 24 Prozent den besten Zweistimmenanteil erreichen. Nicht einmal die SPD konnte von ihren Bundestrend profitieren und die Alternative für Deutschland vom Thron stoßen.
Für das ostdeutsche Parteiensystem hat diese Entwicklung jedoch weitere Folgen. Die Partei DIE LINKE, die mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten stellt, wurde deutlich abgestraft. In keinem Thüringer Wahlkreis konnte die Linkspartei mit ihren Kandidaten den Konkurrenten gefährlich werden. Auch nicht im Wahlkreis Erfurt/Weimar, in welchem man viel Hoffnung auf die Bundesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow setzte. Auch sie unterlag einem AfD-Kandidaten und reihte sich auf Platz vier ein.
Die Partei des Ostens ist DIE LINKE bei weitem nicht mehr.
Diese Rolle hat jetzt mit Blick auf die ostdeutschen Wahlergebnisse die AfD übernommen. Und diese Entwicklung zeigt sich auch in vielen Thüringer Wahlkreisen, denn

Eigenlich sollte gerade in Thüringen allen klar sein: Wer die AfD wählt, wählt Nazis.

FOTO: THOMAS HOLZMANN

aus schwarz wurde blau. Ganze vier der acht Wahlkreise des Freistaats konnte die AfD für sich entscheiden. So errangen die Rechtspopulisten mit Klaus Stöber im Wartburgkreis/Unstrut-Hainich-Kreis das Direktmandat. Und auch im Wahlkreis Gera/Greiz/Altenburger Land wurde Stefan Brandner zum Wahlsieger gekrönt.
Somit lässt sich eines feststellen: Die AfD überzeugt insbesondere in ländlichen, strukturschwachen Gebieten. Um Entwicklung Einhalt zu gebieten, müssen auch die Kommunalpolitiker vor Ort zur Verantwortung gezogen werden. Somit ist es kaum verständlich, wenn im Kreistag des Wartburgkreises Fahrpreiserhöhungen beschlossen und somit Mindereinnahmen auf die Fahrgäste abgewälzt werden. Es ist auch unverständlich, wenn 18 Feuerwehrleute und die Mitglieder der Jugendfeuerwehr aus dem kleinen Ort Azmannsdorf über zehn Jahre auf ein neues Feuerwehrhaus warten, währenddessen diese sich in einer kleinen Garage, ohne Toilette und Wasser umziehen müssen.
Und diese Entwicklung ist symptomatisch für viele kleine Dörfer und Regionen aus Thüringen. Der letzte Bäckermeister schließt die Türen, drei Busse am Tag sind die Regel und die Kneipe, in denen die Eltern der Dorfjugend zusammengekommen sind, gibt es schon lange nicht mehr. Wenn nun auch viele ehrenamtliche Vereine von ihrer Existenz bedroht sind, stirbt auch der letzte Teil einer lebendigen Dorfstruktur. Dafür, dass diese jedoch weiter besteht sind auch zahlreiche Kommunalpolitiker in den Gemeinderäten zuständig. Aktive Kommunalpolitik in den ländlichen Regionen wären ein wichtiges Mittel gegen die AfD. Nur so lässt sich das Aussterben der ländlichen Regionen verhindern.

Schluss mit der Pandemie als Vorwand

Sascha Bilay (DIE LINKE) fordert: Offene Türen der Verwaltungsbüros für Bürgerinnen und Bürger!

„Dass kommunale Verwaltungen während der Pandemie die Sprechzeiten für die Einwohnerinnen und Einwohner eingeschränkt hatten, war verständlich. Nunmehr darf die Gesundheitskrise aber nicht länger als Vorwand missbraucht werden, sich weiterhin abzuschotten“, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, Sascha Bilay.
Der Kommunalexperte verweist darauf, dass die Rathäuser und Landratsämter aus Gründen der Pandemiebewältigung die persönlichen Kontakte weitgehend reduziert hatten. „Freilich mussten die Verwaltungschef:innen auch darauf achten, das Virus nicht in die Amtsstuben zu tragen, um die Ver-

FOTO: THOMAS HOLZMANN

Verschlossene Türen: Die Behörden müssen die pandemiebedingten Hürden wieder abbauen.

waltungen arbeitsfähig zu halten. Allerdings muss nach anderthalb Jahren Pandemie und einer zwischenzeitlichen Impfquote von mehr als 50 Prozent wieder darüber nachgedacht werden, die öffentlichen Verwaltungen ohne zusätzliche Hürden für die Menschen zu öffnen“, fordert der Linkspolitiker.
Es sei unverständlich, dass öffentliche Verwaltungen diese Rück-Öffnungsschritte, wie sie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden, nicht ebenfalls nachvollziehen würden. „Es geht auch darum, dass man sich nicht hinter der Pandemie versteckt und in der Nichtöffentlichkeit einrichtet. Wir wollen, dass Rathäuser und Landratsämter wieder transparent für die Einwohnerinnen und Einwohner Entscheidungen treffen“, unterstreicht Sascha Bilay.

Matthias Gärtner

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389